

13 Vorhaben für den 13. Mai

Grüne wissen, dass Politik das Bohren dicker Bretter ist. Wir haben schließlich das Thema Nachhaltigkeit für die Politik entdeckt. Wir wissen auch, dass in den nächsten Jahren die Ausgaben Bremens weiter auf die vordringlichen Aufgaben konzentriert werden müssen. Wir legen hiermit unsere zentralen Projekte für eine Regierungszeit nach dem 13. Mai vor. Wir sagen den WählerInnen heute, woran Sie uns messen können.

1. Wir wollen ein verpflichtendes und damit beitragsfreies letztes Kindergartenjahr. Alle Kindergartengruppen erhalten eine qualifizierte Zweitkraft.
2. Jedes Jahr wird es 3 Ganztagschulen mehr geben mit Vorrang auf Grundschulen. Sie werden ausgestattet mit allem, was man braucht: Unterrichtsstunden, gesundes Mittagessen, kindgerechte Aufenthaltsräumen.
3. Wir verhindern die geplanten Kohlekraftwerke in Bremen und Bremerhaven. Bremen soll erstes Klimaschutz-Bundesland werden.
4. Bremen unterstützt private Investitionen in den Klimaschutz und baut die eigenen Gebäude so um, dass weniger für Strom und Heizung verbraucht wird.
5. Universität und Hochschulen erhalten mehr Geld als in den Abbauplänen des bisherigen Senats vorgesehen. Damit garantieren wir Studienplätze und verbessern Forschung und Lehre.
6. Sämtliche schon beschlossenen Straßenbaumaßnahmen und Erschließungsmaßnahmen kommen auf den Prüfstand. In Zukunft gilt „Bestandserhalt vor Neubau“ und ein bescheidenerer Standard. Mit dem eingesparten Geld finanzieren wir die Mehrausgaben für Bildung und Klimaschutz.
7. Die Förderung Bremer Unternehmen mit staatlichen Mitteln wird umgebaut in Richtung kleiner und mittlerer Unternehmen.
8. Die Mietobergrenzen für Menschen, die Arbeitslosengeld II erhalten, müssen erhöht werden. Nur so werden unnötige Umzüge verhindert und der Ballung armer Menschen in bestimmten Stadtteilen entgegengewirkt.
9. Volksbegehren und Volksentscheide werden erleichtert, indem die Hürden für die Zulassung und Annahme gesenkt werden. Außerdem wollen wir die Rechte der Beiräte stärken z.B. durch Wahl der Ortsamtsleiter durch den Beirat.
10. Das Ausländeramt wird wieder zu einer Behörde, die für die BürgerInnen da ist. Duldungen ohne Arbeitserlaubnis, die sowohl für die Betroffenen als auch für den öffentlichen Haushalt schädlich sind, sollen, soweit es geht, in eine Aufenthaltserlaubnis umgewandelt werden.
11. Alle staatlichen GmbHs werden besser kontrolliert und einheitlichen Regelungen unterworfen. Geheimwirtschaft ohne parlamentarische und öffentliche Kontrolle begünstigt Misswirtschaft und Verschwendung.
12. Wir ersetzen so viele 1.-€-Jobs wie möglich durch befristete, sozialversicherungspflichtige Arbeit. Nur so kann Integration in den Arbeitsmarkt gelingen und den betroffenen Menschen eine Perspektive geboten werden.
13. Wir sichern die großen Kultureinrichtungen durch verbindliche 5-Jahres-Verträge ab und unterstützen das Engagement der Kulturschaffenden in unseren Schulen, Kindergärten und Freizeitheimen.